

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Leserin, lieber Leser,

in dieser Woche haben wir sowohl den Nachtragshaushalt 2007 des Bundes als auch den Bundeshaushalt 2008 beraten und verabschiedet. Auch der Bundeshaushalt für das nächste Jahr trägt ganz deutlich unsere Handschrift – gut für die Menschen in unserem Land.

Drei unserer zentralen politischen Ziele wurden erreicht: Die Neuverschuldung des Bundes sinkt schon in 2007 von 19,6 auf 14,4 Milliarden Euro und in 2008 auf 11,9 Milliarden Euro. Mit einer spätestens für 2011 geplanten Neuverschuldung von Null sind wir auf dem richtigen Weg zu einem handlungsfähigen, politisch starken Staat auch für künftige Generationen. Wir haben außerdem die Investitionen deutlich verstärkt, allem voran in Straße, Schiene und in die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen. Und wir haben drittens die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende auf dem hohen Niveau von 10 Milliarden Euro erhalten, wobei für Eingliederungsmaßnahmen noch nie soviel Geld zur Verfügung stand.

Wir bleiben auch in der Haushaltspolitik auf Kurs!

Ihr Dr. Matthias Miersch, MdB

Inhaltsverzeichnis

- 01 **Topthema: Nachtragshaushalt 2007
und Bundeshaushalt 2008**
- 08 „Im Auftrag der Familie“
- 08 Personalien

IMPRESSUM

HERAUSGEBER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK, 10011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE RALF BERGMANN, CARLO SCHÖLL, MARION BINDER, THORSTEN
SCHOLZ

TELEFON (030) 227-530 48 **E-MAIL** PRESSE@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUß: 30.11.2007, 14.00 UHR

TOPTHEMA

**Nachtragshaushalt 2007 und Bundeshaushalt 2008 –
Konsolidierung im Aufschwung fortsetzen**

Die Doppelstrategie aus Konsolidierung und Wachstumsförderung sowie die Reformen der Agenda 2010 haben sich bewährt: Die Wirtschaft läuft, die Zahl der Beschäftigten ist auf Rekordniveau, diejenige der Arbeitsuchenden erheblich zurückgegangen. Der von Peer Steinbrück vorgelegte solide wie zukunftsorientierte Entwurf des Bundeshaushalts 2008 setzt die in den Jahren 2006 und 2007 mittelfristig angelegte finanzpolitische Strategie fort: Abgewogen jäten und düngen, konsolidieren sowie Wachstumskräfte stärken. Die Fortführung des mit dem Bundeshaushalt 2006 begonnenen 25 Mrd.-Euro-Impulsprogramms gehört dabei ebenso zu der gezielten Förderung von Zukunftsbereichen wie weitere neue Schwerpunktsetzungen in den Bereichen innere- und äußere Sicherheit, Forschung und Bildung sowie Entwicklungshilfe. Darüber hinaus wird durch zusätzliche Einnahmen durch Emissionszertifikate Spielraum geschaffen, der vor allem dem Klimaschutz zugute kommen wird.

Der Bundeshaushalt 2008 ist eine weitere Etappe auf dem Weg zum Budget ohne Neuverschuldung. Wir wollen dieses Ziel spätestens 2011 erreichen.

Die Haushälter der Fraktion hatten sich ehrgeizige Ziele für die Beratungen des Etats 2008 gesetzt: Aus dem guten Entwurf von Peer Steinbrück einen noch besseren Haushaltsplan machen. Ziele waren,

- die Neuverschuldung weiter zu senken,
- haushaltspolitische Spielräume zu nutzen, um zusätzliche wachstums- und investitionsorientierte Schwerpunkte zu setzen,
- die sozialpolitische Komponente zu stärken (Leistungen für Arbeitsuchende, BAföG-Empfänger, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende),
- auf intelligente und sinnvolle Weise den Personalkörper weiter zu verschlanken.

Alle Ziele wurden erreicht.

Nachtragshaushalt 2007

Mit dem Nachtragshaushalt 2007, der notwendig geworden war, hat die Bundesregierung erstmals seit 15 Jahren einen Nachtrag vorgelegt, in dem die Nettokreditaufnahme nicht steigt, sondern sinkt.

Die Nettokreditaufnahme wurde gegenüber dem bisherigen Soll um 5,2 Mrd. Euro auf jetzt 14,4 Mrd. Euro - insbesondere Dank der günstigen Entwicklungen der Steuereinnahmen – abgesenkt. Außerdem werden die zur Finanzierung notwendigen Privatisierungserlöse um 4,7 Mrd. Euro auf 4,5 Mrd. Euro vermindert. Zugleich wird mit der Einrichtung eines Sondervermögens in Höhe von 2,15 Mrd. Euro für den Kinderbetreuungsausbau für unter 3-Jährige ein wesentlicher Beitrag für eine zukunftsorientierte Familienpolitik geleistet.

In den Beratungen blieben diese Eckdaten unverändert. Dabei konnte noch ein Ausgabenvolumen von 400 Mio. Euro für Zuschüsse für national bedeutsame Kulturinvestitionen bereitgestellt werden, finanziert durch geringere Ausgaben bei den Zinsen und in anderen Bereichen. Diese Fördermittel können in den kommenden Jahren für folgende Maßnahmen bedarfsgerecht genutzt werden (in Mio. Euro):

- Zuschussmöglichkeit für kulturelle Infrastrukturanierungs-

maßnahmen	198,5
• Zuschuss an die Klassik Stiftung Weimar für die denkmalgerechte Herrichtung des Stadtschlusses in Weimar einschließlich Ersteinrichtung	20,0
• Zuschuss an die Klassik Stiftung Weimar für die Restaurierung von Druck- und Handschriften, für die Wiederbeschaffung von Brandverlusten an Bibliotheksgut, für die Grundsanierung des Goethe-Schiller-Archivs und die Errichtung des Bauhausmuseums	25,0
• Zuschuss an die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin - Brandenburg zur Durchführung eines Sanierungsplans	77,5
• Zuschuss an die „Stiftung Festspielhaus Beethoven“ in Bonn	39,0
• Einzelprojekte Denkmalschutz	40,0

Gemäß Beschluss des Haushaltsausschusses bedürfen diese Fördermaßnahmen der angemessenen Mitfinanzierung durch Länder, Kommunen oder Private sowie überwiegend der Einwilligung des Haushaltsausschusses.

Durch die Einrichtung des Sondervermögens sowie die Zuschüsse für Kulturinvestitionen steigen die Investitionen im Bundeshaushalt 2007 um 2,55 Mrd. Euro auf 26,5 Mrd. Euro. Damit wird eine Investitionsquote von 9,7 Prozent erreicht.

Bundeshaushalt 2008

Nach Abschluss der Beratungen im Haushaltsausschuss am 16. November um 2.30 Uhr belaufen sich die Gesamtausgaben des Bundeshaushaltes 2008 unverändert gegenüber dem Regierungsentwurf auf 283,2 Mrd. Euro. Die Investitionsausgaben liegen um 362 Mio. Euro über dem Entwurf und betragen nun 24,658 Mrd. Euro. Die Neuverschuldung wurde gegenüber dem Entwurf um eine Milliarde Euro auf 11,9 Mrd. Euro abgesenkt, den deutlich niedrigsten Wert seit der deutschen Wiedervereinigung.

Die Einnahmesituation des Bundeshaushalts hat sich um eine Milliarde Euro gegenüber dem Entwurf verbessert, wovon 841 Mio. Euro auf Steuermehreinnahmen gemäß der November-Schätzung zurückgehen. Die etatisierten Steuereinnahmen liegen nun bei 237.955 Mrd. Euro.

Der Bundeshaushalt 2008 ist eine weitere Etappe auf dem Weg zum Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung. Der weitere Weg wird aber nicht leichter, sondern eher schwerer und ist nur bei beinhardter Ausgabendisziplin zu schaffen.

Wir erreichen dank bereits geschaffter Konsolidierungsschritte 2007 und 2008 einen ausgeglicheneren Staatshaushalt (Maastricht-Kriterium). Die Regelgrenze des Artikel 115 GG ist noch mit Blick auf die Föderalismusreform II Thema, nicht aber mit Blick auf die aktuellen Haushalte.

Das Wichtigste in Kürze:

- Die Neuverschuldung des Bundes wurde um eine Milliarde Euro auf jetzt 11,9 Mrd. Euro abgesenkt. Damit wurde das Ziel sogar übererfüllt, die Steuermehreinnahmen aus der November-Schätzung von rund 800 Mio. Euro in die Rückführung der Neuverschuldung zu stecken.
- Nicht nur die Barmittel für Investitionen wurden um 362 Mio. Euro auf 24,658 Mrd. Euro, vornehmlich im Bereich von Straße und Schiene, aufgestockt. Außerdem wurden zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen von 300 Mio. Euro für Verkehrsinformationen eingestellt. Zudem haben wir die erwarteten Einnahmen aus dem Emissionszertifikate-Handel über 2008 hinaus planerisch umgesetzt und dabei Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 80 Mio. Euro für Investitionen im Bereich Klimaschutz aufgebracht.

- Diese Schwerpunktsetzungen sind für 2008 finanziert aus Einsparungen im konsumtiven Bereich, vor allem bei Zinsen und Zuschüssen. Dadurch konnte das Ausgabevolumen des Entwurfs konstant gehalten werden. Die Ausgabensteigerung des Bundeshaushalts 2008 liegt bereinigt um Sonder- und Einmaleffekte (Postbeamtenversorgungskasse, Überschneidung von bisherigem Erziehungsgeld und neuem Elterngeld, Aufwuchs des Mehrwertsteuer-finanzierten Zuschusses an die BA) bei 1,1 Prozent im Vergleich zum Soll 2007 einschließlich Nachtrag. Dieser Wert liegt deutlich unterhalb der erwarteten Inflationsrate.
- Wir haben die Eingliederungsleistungen bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende auf dem hohen Niveau von 6,5 Mrd. Euro gegen den Widerstand der Union stabilisiert. Diese Mittel stehen zudem nun ohne Einschränkung zur Verfügung, da der bisherige Deckungsvermerk von einer Milliarde Euro zu Gunsten ALG II aufgehoben ist. Damit ist gewährleistet, dass jeder und jede Arbeitsuchende diejenigen Maßnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung erhält, die sie oder er benötigt. Für eine aktive Arbeitsmarktpolitik wird zudem zum Beispiel mit dem Kommunal-Kombi ein neues Programm zur Aktivierung Langzeitarbeitsloser in besonderen Problemregionen veranschlagt.
- Wir haben die notwendigen Mittel zur Erhöhung der BAföG-Bedarfssätze um 10 und der Freibeträge um 8 Prozent gegen den Widerstand der Union bereit gestellt. Außerdem wurde die vereinbarte Erhöhung des Dienstsoldes für Wehr- und Zivildienstleistende um 2 Euro pro Tag im Etat umgesetzt.
- Bei Personal und Öffentlichkeitsarbeit haben wir wiederum gespart. Die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit werden in allen Ressorts um rund 9 Mio. abgesenkt, das entspricht 10 Prozent der Gesamtausgaben für den Bereich Öffentlichkeitsarbeit.
- Die im Entwurf vorgesehene pauschale Personaleinsparquote von 0,75 Prozent haben wir auf 0,9 Prozent erhöht; diese Differenz entspricht ungefähr 320 Stellen. Die Einsparquote von 1,2 Prozent im Haushalt 2007 wird damit zwar deutlich unterschritten, es erfolgt aber ein weiterer erheblicher Personalabbau von ca. 1.900 Beschäftigten des Bundes in 2008. In manchen Bereichen stößt der Personalabbau angesichts der zu erfüllenden Aufgaben an Grenzen. Deshalb haben wir diesmal eine Doppelstrategie gefahren, um der verständlichen steigenden Kritik an Rasenmäher-Sparmaßnahmen zu begegnen. Wir haben die pauschale Stelleneinsparung mit einer Stärkung von ökonomischen und politischen Zukunftsbereichen verkoppelt und somit einen Teil der Einsparungen zur qualitativen Stärkung der Ressorts gezielt wieder zurückgegeben.

Im Folgenden eine kurz gefasste Übersicht:

Auswärtiges Amt:

- Die Gedenkstätten der KZ Buchenwald und Dachau erhalten jeweils 400 Tsd. Euro mehr. Mit diesen Mitteln ist der Betrieb der Gedenkstätten und notwendige Investitionen abgesichert.
- Im Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes haben wir die Ausgaben um 348 Mio. Euro oder 13,9 Prozent gegenüber dem Haushalt 2007 erhöht. Der Aufwuchs resultiert überwiegend aus den zusätzlichen Mitteln für die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA), die 2008 um insgesamt 750 Mio. Euro angestiegen ist. Das Auswärtige Amt ist daran mit etwa einem Drittel beteiligt.

Bundesministerium des Innern:

- Bündnis für Demokratie und Toleranz: Entgegen den Planungen im Haushaltsentwurf, die in 2007 bewilligten Mittel von 1 Mio. Euro wieder auf 700.000 abzusenken, konnte die SPD-Bundestagsfraktion diese Kürzung zurücknehmen.

- Bundeszentrale für politische Bildung: Mittel- um 1 Mio. Euro erhöht; 500.000 Euro für die projektorientierte Bildungsarbeit für Kinder, Jugendliche und bildungsferne Schichten; weitere 500.000 Euro an 340 Bildungsträger bundesweit für ihre Bildungsangebote– damit wird die vom Innenminister verfügte Kürzung in diesem Bereich zurückgenommen.
- Technisches Hilfswerk: Die langfristige Absicherung des Personaltableaus steht fest. Das hauptamtliche Personal beim THW ist aus der pauschalen Stellenkürzung herauszunehmen. Zusätzlich erhält das hauptamtliche Personal der Helfervereinigung und der THW-Jugend e.V. insgesamt 160.000 Euro mehr als im Entwurf vorgesehen war.
- Sportförderung: Die Mittel für die Sportförderung werden um rd. 19 Mio. Euro erhöht. Die Nationale Anti-Dopingagentur NADA erhält 1 Mio. Euro zur Aufstockung des Stiftungskapitals, außerdem werden 1,8 Mio. Euro mehr als in 2007 für Maßnahmen zur Dopingbekämpfung bereitgestellt. Erstmals wird die Stiftung Deutsche Sporthilfe mit 1 Mio. Euro zusätzlicher Mittel direkt aus dem Bundeshaushalt gefördert.

Bundesministerium der Justiz:

- Deutsches Patent- und Markenamt: Aufgrund gestiegener Anmeldezahlen im Patent- und Markenbereich erhält das Patent- und Markenamt 15 zusätzliche Planstellen für die Markenverwaltung am Standort Jena. Für den Patentbereich am Standort München erhält das Amt zusätzliche 20 Planstellen. Die Stellen finanzieren sich selbst durch Gebühren.

Wirtschaft und Technologie:

- Die Ausgaben für Innovationshilfen an die Werften wurden um 2 Mio. Euro auf nunmehr 10 Mio. Euro aufgestockt. Damit liegen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) im Einzelplan insgesamt bei 2,14 Mrd. Euro. An der Spitze der FuE-Titel steht die Raumfahrt, gefolgt von der Technologieförderung Mittelstand. Die Energieforschung erhält als FuE-Bereich mit insgesamt 158 Mio. Euro im Verhältnis zum Vorjahr 14,9 Mio. Euro mehr.
- Für die Gemeinschaftsausgabe Regionale Wirtschaftsstruktur sind die Ausgaben wie im Vorjahr um 50 Mio. Euro gegenüber dem Regierungsentwurf aufgestockt worden. Damit stehen auch 2008 wieder 644 Mio. Euro zur Verfügung.

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

- Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ haben wir um 45 Mio. Euro zu den jährlich veranschlagten 615 Mio. Euro aufgestockt. Diese zusätzlichen Mittel werden für die Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft sowie des ländlichen Raumes insgesamt verwendet. So sollen mindestens 10 Mio. Euro für die Internet-Breitbandversorgung entlegener ländlicher Regionen ausgegeben werden.
- Das Ökolandbauprogramm haben wir um 6 Mio. Euro auf 16 Mio. Euro aufgestockt und für Forschung und Entwicklung zweckgebunden. In der Verbraucherpolitik ist der Ansatz um 3 Mio. Euro auf 17 Mio. Euro für den Nationalen Aktionsplan „Ernährung und Bewegung“ angehoben worden.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales:

- Insgesamt 124 Mrd. Euro stellen wir für Ausgaben im Bereich Arbeit und Soziales im Haushalt 2008 bereit. Die Arbeitsmarktpolitik wird trotz Entlastung auf hohem Niveau weitergeführt und in Schwerpunktbereichen sogar verstärkt. 6,5 Mrd. Euro für Maßnahmen der Eingliederung stehen den Trägern der Grundsicherung 2008 erstmals wieder ohne Einschränkungen zur Verfügung.

- Das beschlossene Bundesprogramm Kommunalkombi des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales wird mit 143 Mio. Euro neu in den Haushalt aufgenommen. Damit können im nächsten Jahr bis zu 50.000 Arbeitsplätze in den Kommunen gefördert werden. Das Programm richtet sich an Regionen, die überdurchschnittlich stark von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind. Auch bei der Problematik unverhältnismäßig hoher Befristungen in den ARGEen haben wir ein wichtiges Signal der Entspannung gesetzt. Im Vergleich zum Regierungsentwurf wurde an entsprechender Stelle eine längst fällige Obergrenze für den Einsatz von befristet Beschäftigten festgesetzt. Gleichzeitig haben wir vereinbart, bis zu 3000 Stellen in die ARGEen zu verteilen, um Befristungen in feste Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln.
- Rentenversicherung: Der Beitragssatz bleibt stabil, die Rücklage steigt.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:

- Der Bereich Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bleibt mit Abstand der größte Investitionshaushalt des Bundes. In den Beratungen wurden die Investitionen noch deutlich aufgestockt. Für Straße und Schiene wurden 350 Mio. Euro im Baransatz und 300 Mio. Euro Verpflichtungsermächtigungen zusätzlich bereitgestellt. Die Investitionen 2008 erreichen mit über 13,2 Mrd. Euro einen Rekordstand.
- Im Straßenbau ergibt sich im Vergleich zum Bundeshaushalt 2007 ein Investitionszuwachs von 4,1 %. Für den Neubau und Erhalt von Autobahnen und Bundesstraßen wurden die Ansätze für den Bundeshaushalt 2008 im Baransatz erhöht.
- Für den Ausbau des Schienenverkehrs stehen insgesamt 350 Mio. Euro mehr zur Verfügung als im Regierungsentwurf vorgesehen. Davon entfallen auf die Beseitigung von Engpässen im Güterverkehr, speziell im Hinterland von Seehäfen, 25 Mio. Euro Baransatz in 2008 und Verpflichtungsermächtigungen über 225 Mio. Euro.
- Außerdem werden 100 Mio. Euro zur Lärmreduzierung an Schienenwegen bereitgestellt, wovon bis zu 10 Mio. Euro für innovative Pilotprojekte (K-Sohle/LL-Sohle) zur Verfügung stehen.
- Der Bundesanteil für die Kosten zum Bau der Transrapidstrecke in München wurde auf maximal 925 Mio. Euro festgeschrieben.

Bundesministerium der Verteidigung:

- Der Verteidigungshaushalt 2008 wurde in den Beratungen im Haushaltsausschuss gegenüber dem Regierungsentwurf nochmals um rund 142 Mio. Euro erhöht. Bereits der Regierungsentwurf sah gegenüber dem Finanzplan einen Aufwuchs des Plafonds um 600 Mio. Euro vor.
- Die Personalkosten werden 2008 um 195,3 Mio. Euro gesenkt werden. Die beschlossene Erhöhung des Wehresoldes um 2 Euro pro Tag ist damit mehr als gegenfinanziert. Zur Beseitigung akuter infrastruktureller Mängel – vor allem im Westen der Bundesrepublik – wurde der Ansatz für kleine und große Baumaßnahmen im Vergleich zu 2007 um rund 123 Mio. Euro auf nun annähernd 931 Mio. Euro erhöht. Der Haushaltsausschuss erhöhte zusätzlich den Ansatz für die Unterhaltung von Grundstücken und Anlagen um weitere 62 Mio. Euro.

Bundesministerium für Gesundheit:

- Auch im Haushalt 2008 erhalten die Gesetzlichen Krankenkassen eine pauschale Abgeltung für gesamtgesellschaftliche Aufgaben, u.a. für versicherungsfremde Leistungen. Für das Jahr 2008 sind hierfür wiederum 2,5 Mrd. Euro etatisiert. Der Betrag soll in den Folgehaushalten um jeweils 1,5 Mrd. Euro ansteigen bis ein Betrag von 14 Mrd. Euro erreicht ist.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

- Der Haushalt des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit beträgt nun 846,96 Mio. Euro. Unter Hinzurechnung des 400 Mio. Euro-Klimaschutzprogramms, das mit Verstärkungsvermerken etatisiert ist, ergibt sich ein Volumen von 1,247 Mrd. Euro, das durch zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen i. H. v. 300 Mio. Euro ergänzt wird. Dies ist gegenüber 2007 ein Aufwuchs um 402,9 Mio. Euro bzw. 47,7 Prozent.
- Durch das Klimaschutzprogramm des BMU kommt es praktisch zu einer Verdoppelung des BMU-Programmhauts gegenüber 2007 von rund 415 Mio. Euro auf nunmehr 857 Mio. Euro. Mit diesem Programm werden entscheidende Beiträge für unsere Klimaschutzziele auf nationaler und internationaler Ebene geleistet.
- Der Haushalt sieht für das Jahr 2008 Ausgaben in Höhe von rund 6,2 Mrd. Euro vor. Dies bedeutet eine Aufstockung von rund einer Milliarde Euro gegenüber dem Vorjahr.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:

- Mit Gesamtausgaben von 5,134 Mrd. Euro und einer Steigerung von 641 Mio. Euro oder 14,3 Prozent gegenüber dem Soll 2007 ist der Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung einer der am stärksten wachsenden Einzelpläne. Dies ist Ergebnis der politischen Entscheidung zur Aufstockung der ODA-Mittel (Official Development Aid, nach OECD-Definition). Von den Mehrausgaben profitiert insbesondere der Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria, dessen Mittel weit mehr als verdoppelt werden.

Bundesministerium für Bildung und Forschung:

- Der Zukunftsetat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wurde um 163,3 Mio. auf rund 9,351 Mrd. Euro erhöht.
- Spürbare Leistungsverbesserungen beim BAföG: Die Bedarfssätze steigen - gegen den Widerstand von Teilen der CDU/CSU-Fraktion - um zehn Prozent, die Elternfreibeträge um acht Prozent. Die Ausgaben für die Ausbildungsförderung, die 2008 allein beim BAföG um weitere 54,8 Mio. Euro gegenüber dem Regierungsentwurf auf nun rund 1,3 Mrd. Euro angehoben werden, sind notwendige und sinnvolle Investitionen in den Nachwuchs und sorgen für mehr Chancengleichheit.
- Im Bereich der Forschungspolitik wurde mit der Validierungsforschung ein völlig neues Forschungsinstrument geschaffen: Die schnelle und zielgerichtete Umsetzung von Ergebnissen der Grundlagenforschung in erfolgreiche marktfähige Produkte, Verfahren und Dienstleistungen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb für die Validierungsforschung 2008 drei Mio. Euro und bis 2012 weitere 100 Mio. Euro an Verpflichtungsermächtigungen durchgesetzt.
- Neues Programm zur bundesweiten Förderung von Kooperation von außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Hochschulen. Zielgruppe sind die Hochschulen, die bislang nicht im Rahmen der 3. Förderlinie der Exzellenzinitiative als Spitzenuniversität ausgewählt wurden. Im kommenden Jahr werden dafür 5 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt; 2009 und 2010 weitere 20 Mio. Euro an neuen Verpflichtungsermächtigungen.

Einen ausführlichen Bericht zum Nachtragshaushalt 2007 und Bundeshaushalt 2008 findet Ihr unter: www.spdfraktion.de

FAMILIE

„Im Auftrag der Familie“

Familien stärken - Zukunft entwickeln

Aktuelle und spannende Informationen über die Familienpolitik der SPD-Bundestagsfraktion gibt es ab jetzt unter <http://www.spdfraktion.de/familie/>, dem Online-Angebot der Kampagne "Im Auftrag der Familie!" Ob Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab eins, Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagschulen, Elterngeld oder finanzielle Hilfen für Familien - wer sich über die modernen sozialdemokratischen Bausteine für ein familienfreundliches Deutschland informieren möchte, ist hier genau richtig!

Mit unserer Politik sorgen wir für bessere Bildungschancen der Kinder, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern und machen wieder Mut für ein Leben mit Kindern. Und das schon lange. Denn in der Familienpolitik sind wir das Original! Egal ob Elterngeld oder Ausbau der Kinderbetreuung - was jetzt in der Großen Koalition umgesetzt wird, ist sozialdemokratische Politik. Dass wir uns gegen den Widerstand der Union durchsetzen konnten, ist gut - gut für Kinder, Eltern und unser Land. Wir werden deutlich heraus stellen, dass die modernen familienpolitischen Konzepte einen klaren sozialdemokratischen Stempel tragen.

Pünktlich zur Adventszeit gibt es auch einen Online-Adventskalender, zu erreichen über <http://www.spdfraktion.de/adventskalender/>. "Bei uns stehen Familien alle Türchen offen" - warum, das zeigt der Kalender 24 Mal bis zum Heiligen Abend. Außerdem gibt es ein Adventskalender-Gewinnspiel, an dem jede und jeder teilnehmen kann. Zu gewinnen sind 24 Überraschungs-Familienpakete und als Hauptgewinn eine Einladung zum Neujahrsempfang der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin inkl. Anreise und Übernachtung für zwei Personen.

Personalien

In der Fraktionssitzung am 26.11. waren wegen Personalveränderungen einige wichtige Funktionen der SPD-Bundestagsfraktion neu zu besetzen:

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

Thomas Oppermann ist von der SPD-Bundestagsfraktion zum Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer gewählt worden. In geheimer Abstimmung erhielt er 164 Ja-Stimmen (87,7 Prozent). Mit Nein stimmten 18 Fraktionsmitglieder, 5 enthielten sich. Oppermann übernimmt die Funktion von Olaf Scholz der zum Bundesminister für Arbeit und Soziales ernannt wurde.

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Christel Humme wurde von der SPD-Bundestagsfraktion zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt. Sie tritt die Nachfolge von Nicolette Kressl an, die als Parlamentarische Staatssekretärin ins Bundesfinanzministerium wechselt, und ist zuständig für die Bereiche Familie, Frauen, Jugend, Senioren, Bildung und Forschung. Christel Humme war seit 2001 Sprecherin der Arbeitsgruppe Familie, Frauen, Senioren und Jugend.

Sprecherin Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales

Andrea Nahles ist von der SPD-Bundestagsfraktion zur Sprecherin der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales gewählt worden. Sie tritt die Nachfolge von Klaus Brandner an, der als Parlamentarischer Staatssekretär ins Bundesministerium für Arbeit und Soziales wechselt.

Sprecher der Arbeitsgruppe im 1. Untersuchungsausschuss

Michael Hartmann ist in der gleichen Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion zum Sprecher der Arbeitsgruppe im 1. Untersuchungsausschuss gewählt worden. Er folgt Thomas Oppermann nach.